

Sitzungen von Vorstand und Hauptvorstand Übertragung des Ländertarifergebnisses auf Beamte hat Priorität

Neue Landesregierung und Landtag müssen zügig liefern.

Am 23. April 2026 trafen sich die Mitglieder des Vorstands des dbb rheinland-pfalz und die Mitglieder des Hauptvorstands in Bad Kreuznach zu ihren turnusmäßigen Frühjahrssitzungen. Die Gremienmitglieder beauftragten die dbb Landesleitung, die Landespolitik beim Wort zu nehmen und sich prioritär für die wichtige zeit- sowie wirkungsgleiche Übertragung des Ländertarifergebnisses auf Besoldung und Versorgung im Landes- sowie Kommunaldienst einzusetzen – am besten abgesichert wie bisher durch eine Grundsatzregelung im schwarz-roten Koalitionsvertrag.

In diesem Zusammenhang beleuchteten Vorstand und Hauptvorstand auch das Ergebnis der Landtagswahl und bewerteten die zwischenzeitlich von CDU und SPD herausgegebenen Sondierungsergebnisse.

Ausdrücklich verzichteten die Mitglieder von Vorstand und Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz in der derzeitigen Lage auf eine aktuelle Forderung nach Umsetzung der aus ihrer Sicht kritikwürdigen Entlassungsprämie, die die Große Ko-

alition auf Bundesebene parallel diskutiert und beschlossen hat.

► TV-L: Entgeltrunde 2026 Länder

Besprochen wurde das nach hartem Ringen Mitte Februar erzielte Verhandlungsergebnis der dritten und entscheidenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder (TV-L).

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer rangen sich durch zu einer moderaten Bewertung des Kompromisses, denn er bringt akzeptable Entgeltsteigerungen sowie zum Beispiel die Erhöhung der Wechselzuschläge, die Angleichung beim Kündigungsschutz Ost an West und ein Ausbildungspaket mit deutlichen Verbesserungen für junge Menschen.

Verärgert hat nicht nur die Tarifvertreterinnen und -vertreter im Landesbund die Verweigerungshaltung der Arbeitgeber sowie deren Wille, unbedingt Verschlechterungen bei der Eingruppierung mittels Eingriffs in das Konstrukt „Arbeitsvorgang“ zu erzwingen. Ebenso ungehalten wurde die lange

Laufzeit der Tarifeinigung kritisiert (bis zum 31. Januar 2028).

Positive Bewertungen gab es für die dbb rheinland-pfalz-Aktionen Staffelmahnwache – Mitte Januar 2026 mit im Schnitt 50 Teilnehmenden je Aktionstag; an drei aufeinanderfolgenden Tagen mit drei unterschiedlichen Slogans vor dem Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz – und Warnstreik-Demo – 4. Februar 2026; 2 500 Teilnehmer bei Umzug und Kundgebung im Regierungsviertel.

► Entschließungen

Der Hauptvorstand diskutierte und verabschiedete einstimmig drei tagesaktuelle Entschlüsse:

- Für verbesserte Förderung des gewerkschaftlichen Ehrenamts: Sonderurlaubsumfang erweitern
- Für attraktivere Dienstbedingungen: Freistellung für Vorsorgekuren ermöglichen
- Angemessene Erhöhung von Wegstreckenentschädigung und Tagegeld

(jeweils abgedruckt auf den Folgeseiten).

► Rechtsschutz/Justizariat

Besprochen wurden Inhalt und Folgerungen aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Alimentation in Berlin (2 BvL 20/17 und andere)

Die Entscheidung ist zu begrüßen als weitere Verfeinerung der Alimentationsrechtsprechung inklusive des bundesverfassungsgerichtlichen Prüfungsschemas. Direkt wirkt sich die Entscheidung auf Rheinland-Pfalz nicht aus, denn sie bindet nur den Berliner Senat als Besoldungsgesetzgeber.

Alle anderen Rechtskreise müssen ihre jeweilige interne Messlatte der Amtsgemessenheit bei der Alimentationsüberprüfung aber anpassen. Im Gegensatz zu Berlin hatte Rheinland-Pfalz zum Beispiel nicht über Jahre Nullrunden mit der Folge „versteinerter“ Besoldung. Wahrscheinlich ist allerdings, dass der rheinland-pfälzische Besoldungsgesetzgeber weiter kontinuierlich nachschärft.

Interessant bleibt die Frage danach, ob der Dienstherr unterstellen kann, dass in jeder Beamtenfamilie ein in bestimmter Höhe festgelegtes Partnereinkommen vorhanden



► Mitglieder des Vorstands am 23. April 2026 in Bad Kreuznach.

ist und ob er dies bei seiner Alimentationsbemessung einfach hinzurechnen darf – 14 Bundesländer und der Bund tun dies aktuell inklusive Rheinland-Pfalz.

> **Weiterer Lagebericht**

Ein Rückblick auf die erfolgreiche Jahrestagung 2026 sowie Berichte aus der dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz, der dbb landesfrauenvertretung rheinland-pfalz, der dbb jugend rheinland-pfalz, dem Arbeitskreis Seniorenpolitik und dem Arbeitskreis Bildungsgewerkschaften rundeten den Lagebericht im Hauptvorstand ab.

> **77-Jahr-Feier des dbb rheinland-pfalz**

Die dbb Landesleitung begeht außerhalb des üblichen 5-Jahres-Turnus aus Gewerkschaftstagen inklusive Jubiläen in diesem Sommer nach der Neukonstituierung des Landtags und einer Neuressortierung der Landesregierung eine Feierstunde anlässlich des 77-jährigen Bestehens des Landesbundes mit Gästen aus Politik, Gesellschaft und Gewerkschaft am 11. Juni 2026 in Mainz.

Der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer hat seine Teilnahme zugesagt.

Es wird Gelegenheit geben zum Rückblick auf die dbb Geschichte in Rheinland-Pfalz und der Zukunftsforscher Thomas Ebenfeld wird beleuchten, was den öffentlichen Dienst der Zukunft ausmacht.

> **Bildungsarbeit mit der dbb akademie**

Folgende Kooperationsseminare stehen 2026 noch auf dem Programm:

- Jugendseminar Stressbewältigung, dbb jugend rlp, 3. bis 5. August 2027 in Heidelberg;

- Führungskräfteseminar dbb rlp, 25./26. August 2026 in Alzey;

- Multiplikatorensseminar dbb rlp, 20./21. Oktober 2026 in Alzey;

- New Work/Gesundheit dbb landesfrauenvertretung, 22. bis 24. Oktober 2027 in Alzey

> **Termin**

Vereinbarter Termin für die nächsten Sitzungen von Vorstand und Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz ist Dienstag, 27. Oktober 2026, in Bad Kreuznach.

Hauptvorstand Entschlüsse...

... vom 23. April 2026

Jeweils einstimmig hat der Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz in Bad Kreuznach die folgenden drei Resolutionen verabschiedet. Wir geben den Beschlusstext wieder, die detaillierten Begründungen sind veröffentlicht auf der Homepage des Landesbundes unter www.dbb-rlp.de im Abschnitt „Positionen“.

> **Für verbesserte Förderung des gewerkschaftlichen Ehrenamts: Sonderurlaubsumfang erweitern**

Der dbb rheinland-pfalz fordert, dass die Ausübung des gewerkschaftlichen Ehrenamts durch Anpassung der Regelungen für diesbezüglichen Sonderurlaub stärker als bisher gefördert wird.

Anstatt regelmäßig fünf Sonderurlaubstage mit ausnahmsweiser Erweiterungsmöglichkeit um maximal weitere fünf und somit insgesamt höchst-

tens zehn Arbeitstage vorzusehen, sollte § 25 der Urlaubsverordnung Rheinland-Pfalz grundsätzlich zehn Arbeitstage Sonderurlaub mit einer Erweiterungsausnahme auf insgesamt zwanzig Arbeitstage verbrieft.

> **Für attraktivere Dienstbedingungen: Freistellung für Vorsorgekuren ermöglichen**

Der dbb rheinland-pfalz fordert die Anpassung der Urlaubsverordnung Rheinland-Pfalz beziehungsweise der Sonderurlaubsverordnung des Bundes durch Einführung einer besonderen Regelung zur Freistellung für Vorsorgekuren aus medizinischen Gründen.

> **Angemessene Erhöhung von Wegstreckenentschädigung und Tagegeld**

Die aktuellen Preisentwicklungen machen eine erneute Anpassung der reisekosten-



> Mitglieder des Hauptvorstandes am 23. April 2026.

rechtlichen Wegstreckenentschädigungssätze für Dienstfahrten mit dem eigenen Kfz sowie von Tagegeldern erforderlich.

Der Kilometersatz für die dienstliche Benutzung anerkannt privateigener Kraftfahrzeuge im Sinne des rheinland-pfälzischen Reisekostenrechts muss grundsätzlich an einen Preisindex (beispielsweise vom Statistischen Bundesamt in Kooperation mit dem ADAC) gekoppelt, dynamisiert, mindestens aber auf 60 Cent ab dem ersten Kilometer erhöht werden.

Auch die übrigen reisekostenrechtlichen Kilometersätze müssen entsprechend angehoben werden, die Abstufung bei der Erstattung gehört abgeschafft.

Die seit Jahrzehnten gültige Kappungsgrenze von 10 000 Kilometern dienstlicher Fahrleistung, ab der bei der Nutzung dienstlich anerkannter privateigener Kfz Vielfahrern anstatt der besonderen wieder grundständige Wegstreckenentschädigung gezahlt wird, gehört aktuell sachlich und rechnerisch überprüft.

Die Sätze des reisekostenrechtlichen Tagegelds müssen dringend an die Preisentwicklung angepasst werden. Ein Trennungsgeldanspruch bei täglicher Rückkehr zum Wohnort muss bereits ab dem ersten Kilometer gegeben sein.

Wir fordern die Landesregierung auf, unverzüglich nachzubessern.

dbb landesfrauenvertretung rheinland-pfalz

Erfolgreiche Kongressteilnahme

Bundesfrauenkongress in Berlin „Jetzt oder nie: Frauen. Macht. Demokratie“

© Marco Urban



> dbb landesfrauenvertretung mit Bundesjustizministerin: Karola Stinner, Johanna Mieder, Dr. Stefanie Hubig, Claudia Rüdell und Katrin Unkel (von links).

> Die neue Geschäftsführung der dbb bundesfrauenvertretung: Sandra Schäfer, Synnöve Nüchter, Tanja Küsgens, Milanie Kreutz, Martina Scherer, Valentina van Dornick (von links).

4

Der öffentliche Dienst in Rheinland-Pfalz

(Ifv) Alle fünf Jahre findet der Bundesfrauenkongress der dbb bundesfrauenvertretung statt (vergleiche „durchblick“ 5/2026, Seite 4). Dort werden die Geschäftsführung gewählt und die Inhalte der verbandspolitischen Ausrichtung und Gewichtung für die kommende Arbeitsperiode festgelegt, indem die Anträge der verschiedenen Frauenvertretungen der einzelnen Fachverbände und der einzelnen dbb Landesverbände verabschiedet werden.

> Neue Geschäftsführung gewählt

Der 13. dbb Bundesfrauenkongress fand vom 19. bis 21. März 2026 in Berlin statt. Viele Delegierte aus der dbb landesfrauenvertretung rlp nahmen als

Delegierte der Frauenvertretungen ihrer Fachgewerkschaften auf Bundesebene an dem Kongress teil.

Zu Beginn wurde Milanie Kreutz, seit 2020 Vorsitzende der Bundesfrauenvertretung, in ihrem Amt bestätigt. Seit 2022 ist sie auch stellvertretende dbb Bundesvorsitzende. Kreutz ist in der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) beheimatet. In ihrer Rede bezog sie sich auf den Leitgedanken des Kongresses und erklärte, dass Demokratie nur dann funktioniere, wenn sie die Lebensrealität der Menschen widerspiegelt. Geschlechtergerechtigkeit sei keine Frage des Verlusts für Männer, sondern eine des gemeinsamen Gewinns.

> Politische Ausrichtung für die kommenden fünf Jahre

Fast 300 Anträge wurden als Arbeitsgrundlage für die nächsten fünf Jahre gestellt und verabschiedet.

Die Anträge der dbb landesfrauenvertretung konzentrierten sich inhaltlich auf die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, konkret auf gute Rahmenbedingungen wie bedarfsorientierte Arbeitszeitmodellen in den unterschiedlichen Lebensphasen ohne den Verzicht auf Karrierechancen. Die Anträge von der Landesfrauenvertretung des dbb rheinland-pfalz wurden vom bundesfrauenkongress vollumfänglich angenommen.

Sie befassen sich unter anderem mit Vielfalt und Antidiskriminierung im öffentlichen Dienst, Parität in Entscheidungsgremien, bedarfsgerechter Kinderbetreuung, verlässlicher Unterstützung für Alleinerziehende, Frauen in Führungspositionen, Recht auf Versorgungsauskünfte.

> Grußworte von Karin Prien und Dr. Stefanie Hubig

Auf der öffentlichen Veranstaltung unterstrich Karin Prien, Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dass Gleichberechtigung eine zentrale Frage der Demokratie sei.

Dr. Stefanie Hubig, Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, betonte in ihrer Festrede, dass Gewalt im digitalen Raum ein Thema sei, von dem besonders Frauen betroffen sind. Oft sei digitale Gewalt so massiv, dass sich Betroffene aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Sie sicherte zu, bestehende Gesetzeslücken zu schließen und Frauen im digitalen Raum besser schützen zu wollen.



> Die „rheinland-pfälzische Landesgruppe“ beim Bundesfrauenkongress in Berlin.

© dbb landesfrauenvertretung rlp (2)